

Nunmehr gelangt die Postnummer 35 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Subvention an die IG Kultur Wien. Herr GR Baxant leitet wieder ein.

Berichterstatter GR Petr Baxant: Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Günther Reiter: Die Debatte ist eröffnet. Herr GR Schreuder hat sich zu Wort gemeldet. – Bitte.

GR Marco Schreuder (Grüner Klub im Rathaus): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Wir diskutieren jetzt eigentlich einen Akt zur IG Kultur, und wir werden diesem Akt auch zustimmen.

Ich möchte diese Postnummer aber auch zum Anlass nehmen, ein derzeit in dieser Stadt sehr wichtiges, viel diskutiertes Thema anzusprechen, da auch die IG Kultur zunehmend darüber besorgt ist und zum Ausdruck gebracht hat, dass ihre Vereinsteilnehmer und – teilnehmerinnen, also die Kulturschaffenden in Wien – und auch die IG Freie Theater ist davon betroffen – mehr und mehr aus dem öffentlichen Raum verschwinden. Es gibt für kleine Kulturinitiativen nicht mehr die Möglichkeit, im öffentlichen Raum sichtbar zu sein.

Warum ist das so? – Seit dem 1.1. gilt eine neue Regelung, die nicht die Stadt angekündigt hat, sondern ein privates Unternehmen, das die Firma Kulturplakat gegründet hat, nämlich die Gewista. Die Gewista hat in dieser Stadt über 5 000 Halbschalen aufgestellt. Diese werden in dieser Stadt nun diskutiert. Ich brauche übrigens nur den Direktor der Schloss Schönbrunn Betriebs-GmbH zu zitieren: Diese „grauslichen Dinger“ sind jetzt überall in dieser Stadt zu finden, und die Kulturplakate in dieser Stadt haben sich jetzt sozusagen verbreitet und buchstäblich verbreitert.

Das wäre grundsätzlich gut, wenn das freie Flächen für Initiativen wären, die sich das sonst nicht leisten können und damit eine Sichtbarkeit im öffentlichen Raum bekommen. So ist es aber nicht, denn es geht hier natürlich ums Geschäft. Was bedeutet das aber für Kulturschaffende? – Kulturschaffende können ihre Plakate in dieser Stadt nicht mehr affichieren, denn sie werden von der MA 48 heruntergerissen. So schaut es derzeit aus.

Die Problematik bei dieser Angelegenheit ist – und das hat das Kontrollamt auch in seinem Bericht festgestellt –, dass diese Halbschalen einfach generalgenehmigt wurden. Die Bezirksvorsteher und –vorsteherinnen in dieser Stadt wurden überhaupt nicht gefragt, ob sie das haben wollen. Gehsteige wurden eingeeengt,

Fahrradwege waren nicht mehr passierbar, und auf Verkehrssicherheit wurde überhaupt keine Rücksicht genommen. Außerdem hat das Kontrollamt auch festgestellt, dass diese Halbschalen von gehbehinderten und blinden Menschen nicht ertastbar sind, das heißt, diese können gar nicht feststellen, dass irgendwo eine Halbschale steht.

Zudem hat das Kontrollamt festgestellt, dass auch auf das Stadtbild keine Rücksicht genommen wird. Das Stadtbild ist ja auch eine kulturelle Frage, und ich meine, das sollten wir hier wirklich diskutieren. Nicht umsonst hat der Direktor der Schloss Schönbrunn Betriebs-GmbH gesagt, dass er diese Dinge nicht vor seinem Weltkulturerbe haben will, und er war sehr erfolgreich, denn sie sind weg. (Zwischenruf von GR Christian Oxonitsch.) Moment! Dazu komme ich noch! Keine Angst! Dazu komme ich noch!

Wir sollten jetzt einmal über den 1. Bezirk reden. Der 1. Bezirk ist bekanntlich auch ein Weltkulturerbe, und dort sind sehr viele dieser Halbschalen angebracht. Und wenn dann Hotels oder Restaurants mit „rechts abbiegen“ oder „in 50 Metern“ angekündigt werden und solche Schilder vor einem historischen Gebäude dieser Stadt stehen, dann ist das meiner Meinung sehr wohl eine Kulturfrage!

Außerdem geht es bei dem Ganzen auch um die hoch kulturelle Frage: Wem gehört der öffentliche Raum? – Wem gehört Ihrer Meinung nach der öffentliche Raum? (GRin Dr Elisabeth Vitouch: Allen!) Meiner Meinung nach gehört er den Wienerinnen und Wienern. Aus der Sicht der SPÖ scheint er allerdings zunächst einmal der Gewista zu gehören. Warum? – Ich empfehle diesbezüglich die Lektüre der neunten Ausgabe von „Datum“. Da erfahren wir unter dem Titel „Freundschaftsspiel“, dass die SPÖ direkt an der Gewista beteiligt ist, nämlich über die AWH. Diese ist an der Progress BeteiligungsgesmbH beteiligt, und diese ist wiederum an der Gewista beteiligt. Ich schaue jetzt in Richtung meines Kollegen Herrn Kopietz. Vielleicht meldet er sich zu Wort und erzählt, wie das zusammenhängt. Das würde mich sehr interessieren!

Das Gleiche haben wir ja auch – das diskutiere ich jetzt aber nicht weiter, Sie können das gerne nachlesen – etwa bei der Vermittlung der Rathaussäle oder rund um die EURO. Dabei geht es natürlich um das Echo-Medienhaus. Warum? Vielleicht können Sie mir das beantworten!

Ich will hier darüber sprechen, was mit den Kulturinitiativen geschieht, die in dieser Stadt im öffentlichen Raum nicht mehr sichtbar sein können. Das ist eine Frage, die zu beantworten ist. Es gibt für diese nämlich keine oder nur mehr ganz wenige freie Flächen. Ich habe mir das jetzt angeschaut. Ich bin durch die Stadt gegangen und habe gesehen, dass es diese alten Säulen gibt und dass diese freie Flächen mit denselben Plakaten beklebt werden, die auf den Halbschalen angebracht sind. Die Halbschalen wurden uns als Raum für Kulturplakate verkauft. Dazu möchte ich sagen: Ich habe nichts gegen Erotikmessen! Aber ich frage Sie, ob die Ankündigung einer Erotikmesse ein Kulturplakat sein soll! Wir wollen hier darüber sprechen, wie Kultur in dieser Stadt sichtbar sein soll, und ich möchte diese Frage bitte beantwortet haben!

Die IG Kultur, eine Interessenvertretung von Kunstschaffenden hier in dieser Stadt, hat ein Problem: Sie sieht sich im öffentlichen Raum als nicht mehr sichtbar. Daher haben diese Leute dem Kulturstadtrat einen Brief geschrieben. Er hat sich aber als nicht zuständig erachtet. Ich finde es schon erstaunlich, dass einem Kulturstadtrat die Sichtbarkeit und die Werbung der von ihm und von uns subventionierten Vereine wurscht ist! Ich kann mir nicht vorstellen, dass das seine Meinung ist! Ich glaube, dass er sich hier dem parteipolitischen Druck unterwerfen muss, weil ja die SPÖ Wien direkt an der Gewista ... (GR Christian Oxonitsch: Auch die Leute, von denen du redest, haben damit ein Geschäft gemacht!) Ich rede nicht vom Geschäft, sondern ich rede vom öffentlichen Raum! Ich rede von der Sichtbarkeit von Kulturinitiativen. Das Geschäft machen aber Sie und nicht mehr die Kulturinitiativen, Herr Oxonitsch! (Beifall bei den GRÜNEN.)

Ich sehe die Mehrheit für meinen Antrag schwinden. Vorgestern – und das war sehr interessant – gab es in der Wirtschaftskammer einen ähnlichen Antrag, wie ich ihn jetzt einbringe. Dieser Antrag in der Wirtschaftskammer ist 20 zu 4 gegen Ihre Fraktion ausgegangen, und auch die Präsidentin der Wirtschaftskammer Jank hat mittlerweile festgestellt, dass es mit diesem Monopol in dieser Stadt so nicht geht. Wir brauchen einen fairen Zugang für alle Anbieter und Anbieterinnen bei diesem Plakatankündigungsunternehmen! So gehört sich das in einer modernen, demokratischen Stadt! (Beifall bei den GRÜNEN.)

Wir fordern, dass Dr Andreas Mailath-Pokorny, der ja immerhin auch die Kulturschaffenden innerhalb der Stadtregierung vertreten und deren Lobby sein sollte, und der zuständige Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr Dipl-Ing Schicker geeignete Maßnahmen ergreifen, um folgende Punkte zu erreichen: Erstens die Schaffung ausreichender kostenloser und freier Flächen für mittlere und kleinere

Kulturinitiativen. – Warum? Ich bin ja schon neugierig! Denn man muss ja jetzt schon „Katze entlaufen“ über Gewista buchen, wenn man das irgendwo affichieren will, wirklich wahr!

Wir fordern eine transparente Vergabe freier und öffentlicher Flächen für Werbeplakate im öffentlichen Raum, die für alle MarktteilnehmerInnen einen fairen Zugang zum Markt sicherstellt. Wir wollen einen Runden Tisch mit allen Beteiligten, die mit dieser Frage beschäftigt sind, vor allem mit den Kulturschaffenden, aber auch mit den Wirtschaftstreibenden, um zu erreichen – und jetzt komme ich zu dem, was Sie vorher gesagt haben –, dass auch die Kleinen, die bisher wild plakatieren müssen, wissen, wo sie plakatieren dürfen. Diese sind nämlich selbst daran interessiert zu wissen, wo sie das dürfen! Die Stadt hat jahrzehntelang keine Regelung gefunden und hat das der Gewista überlassen, weil sie selbst phantasielos ist. Das ist ganz offensichtlich!

Außerdem fordern wir die Demontage dieser Halbschalen in Wien, bis es eine Regelung für alle gibt. – Vielen Dank. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Günther Reiter: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Petr Baxant: Meine Damen und Herren!

Ich freue mich, dass wir uns bezüglich der IG Kultur einig sind und dem Antrag zustimmen werden.

Ganz kurz zu dem soeben von Kollegen Schreuder eingebrachten Antrag. Ich möchte daran erinnern, dass es sich hierbei um die Geschäftsgruppe Kultur handelt, und deswegen möchte ich zuerst einmal eine kulturpolitische Begründung für die Ablehnung durch meine Fraktion vorbringen.

Das öffentliche Plakatieren ist natürlich vor allem für Kulturinitiativen notwendig, denn wenn niemand weiß, wann und wo etwas aufgeführt wird, dann werden die Veranstaltungen auch nicht besucht. Deswegen ist Plakatieren und Bewerben ganz wichtig. Das wissen wir alle auch aus unserer täglichen politischen Arbeit. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass bis dato de facto illegal plakatiert wurde und dass unter anderem auch von den Kulturinitiativen teuer plakatiert wurde. Das haben mir alle bestätigt, mit denen ich gesprochen habe. Außerdem hat es nicht wirklich schön ausgesehen. Sprechen Sie mit allen Wienerinnen und Wienern: Es hat einfach nicht schön ausgesehen!

Sie kennen die so genannte freie Plakatiererszene. Ich kenne sie auch. Und wir wissen, wie die Praxis abgelaufen ist: Einer ist plakatiert gegangen. Der Nächste ist ihm nachgegangen, hat das wieder heruntergerissen und hat darüber plakatiert. – Das ist natürlich erstens nicht wirklich schön für das Stadtbild, und das ist vor allem sehr teuer für die Kulturinitiativen, denn anstatt 1 000 Plakate zu produzieren, musste man früher 10 000 Plakate produzieren, und das geht natürlich ins Geld! Ich bitte, das auch zu beachten!

Im internationalen Vergleich möchte ich Sie darauf hinweisen, dass zum Beispiel in Berlin die Woche pro Plakat 30 Eur kostet, in Wien beläuft sich der Preis meines Wissens auf ungefähr 2,95 EUR. – So viel zur Kostengünstigkeit des Projektes Kulturplakat.

Der Großteil der Plakatiererszene steht hinter dem Projekt Kulturplakat. Ich möchte ganz konkret darauf hinweisen, dass es sich so verhält. Eigentlich steht nur ein Plakatierer nicht dahinter, und ich möchte Sie bitten, Meinungsfreiheit und öffentlichen Raum nicht zu vermischen beziehungsweise diesem Plakatierer nicht auf den Leim zu gehen! Dabei geht es nämlich um privatwirtschaftliche Interessen. Dieser Plakatierer beziehungsweise dieser Unternehmer ist als Einziger nicht daran interessiert, dass es eine Lösung gibt, weil er bis dahin sehr gut gefahren ist. Mittlerweile gibt es aber eine Lösung, die für den Großteil der Plakatiererszene und den Großteil der Kulturinitiativen akzeptabel ist. Der Genannte akzeptiert das nicht, weil er anscheinend kein wirkliches Geschäft mehr macht!

Ich möchte noch einmal feststellen: Jetzt funktioniert das Plakatieren legal. Es ist kostengünstiger, und es ist wesentlich schöner für das Stadtbild. In diesem Sinne erachte ich den vorgebrachten Antrag als nicht wirklich notwendig für Wien, und ich würde Sie auch bitten zu akzeptieren, dass es nicht die richtige Geschäftsgruppe ist. – Danke sehr. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR Günther Reiter: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer von den Damen und Herren für die Postnummer 35 ist, gebe bitte ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist mehrstimmig angenommen gegen die Stimmen der Freiheitlichen.

Wir stimmen gleich den von den Grünen eingebrachten Beschluss- und Resolutionsantrag betreffend Neuregelung der Ankündigung von Kulturveranstaltungen im öffentlichen Raum ab.

In formeller Hinsicht ist sofortige Abstimmung verlangt.

Wer dafür ist, gebe bitte ein Zeichen der Zustimmung. – Dieser Antrag hat nicht die notwendige Mehrheit gefunden, er wird nur von den Grünen und der Österreichischen Volkspartei unterstützt und ist somit abgelehnt.